

**Weckruf für Europa
– wir brauchen eine starke und handlungsfähige Europäische Union**

Beschluss der Landesversammlung vom 2. Juli 2022 in Künzelsau

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist eine Zäsur in der Geschichte Europas. Er bringt unermessliches menschliches Leid für die Menschen in der Ukraine. Er ist zugleich auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung und die Idee eines ein in Freiheit geeinten Europas, in dem nicht mehr das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt. Der russische Überfall ist daher auch ein Weckruf für die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses. Um den Frieden in Europa zu sichern, brauchen wir eine stärkere Europäische Union, die nach außen und innen handlungsfähig ist. Damit dies gelingt, muss die EU jetzt gestärkt werden.

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas wurde im Jahr 2021 ein breit gefasster Diskussionsprozess in Gang gesetzt. Das Ziel war es, Vorschläge für die Weiterentwicklung der EU zu erarbeiten. Leider hat die Konferenz zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Dennoch haben die Diskussionen einen Mehrwert gebracht. Es wurde deutlich, dass eine gestärkte EU notwendig ist, um viele der Zukunftsprobleme lösen zu können. Die Konferenz hat am 9. Mai 2022 ihre Ergebnisse vorgelegt. Entstanden ist ein beachtlicher und zukunftsweisender Katalog von 49 Empfehlungen und mehr 326 Einzelmaßnahmen.

Wir fordern:

- Die EU-Institutionen müssen die Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas nun ernsthaft prüfen und zu jedem Vorschlag darlegen, wie diese umgesetzt werden sollen und ob dies innerhalb des bestehenden Vertragsrahmens möglich ist oder ob Vertragsänderungen erforderlich sind. Sollten Vorschläge als nicht umsetzbar erachtet werden, muss eine genaue Begründung erfolgen.
- Um die EU handlungsfähiger zu machen, fordert die Zukunftskonferenz die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel im Rat in den Bereichen, in welchen diese noch gilt – insbesondere in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Empfehlung entspricht einer langjährigen Forderung der Europa-Union und sollte prioritär und zeitnah umgesetzt werden. Dies kann bereits im Rahmen des bestehenden Vertrags über die sogenannte Passerelle-Klausel umgesetzt werden. Sollte sich zeigen, dass dieser Weg nicht zum Ziel führt, sollten entsprechende Vertragsänderungen erfolgen.
- Die Zukunftskonferenz fordert die Einführung eines europäischen Wahlrechts einschließlich transnationaler Listen und ein Spitzenkandidatensystem. Hierzu hat das Europäische Parlament bereits einen Gesetzesvorschlag gemacht. Dieser sollte noch in diesem Jahr vom Rat angenommen werden, damit er rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 in Kraft treten kann.
- In den Empfehlungen finden sich viele Vorschläge zur Stärkung der Rolle des Hohen Beauftragten für die Außenbeziehungen. Wir fordern, dass aufbauend auf den Forderungen der Zukunftskonferenz konkrete Vorschläge zur Aufwertung der / des Hohen Beauftragten zum einer oder einem echten EU-Außenministerin bzw. EU-Außenminister erarbeitet werden.
- Die Konferenz zur Zukunft Europas empfiehlt eine Stärkung des Europäischen Parlaments durch ein eigenes Initiativrecht und ein vollständiges Haushaltsrecht. Diese Empfehlung sollte zeitnah in Form einer Vertragsänderung umgesetzt werden.
- Um die EU nach Außen handlungsfähiger zu machen, empfiehlt die Zukunftskonferenz weitere Schritte hin zu einer Verteidigungsunion. Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine hat diese Forderung neue Bedeutung gewonnen. Wir fordern, dass auf Grundlage der

Empfehlungen der Zukunftskonferenz ein Konzept zur Ausgestaltung einer Europäischen Verteidigungsunion gemeinsam mit der NATO erarbeitet und umgesetzt wird.

- Wir begrüßen die Zuerkennung des Kandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau, sehen aber auch die Notwendigkeit die Staaten des Westlichen Balkan stärker in den Blick zu nehmen. Wir sehen den Bedarf alle Kandidatenstaaten auf ihrem Weg in die EU in der Umsetzung der für einen Beitritt notwendigen Kopenhagener Kriterien aktiv zu unterstützen. Dabei spielen kommunale Partnerschaften und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen eine wichtige Rolle. Gleichzeitig ist klar, dass die Aufnahme- und Handlungsfähigkeit der EU (u.a. durch Aufgabe der Einstimmigkeit) berücksichtigt werden muss.
- Damit die Empfehlungen der Zukunftskonferenz aufgegriffen werden können, die Vertragsänderungen erfordern, fordern wir vom Europäischen Rat die Einberufung eines Konvents gemäß Art. 48 EU-Vertrag.
- Wir ermutigen die Landesregierung und den Landtag den Diskussionsprozess zur Zukunft der EU fortzusetzen und dabei insbesondere weiter auch grenzüberschreitende Formate und Jugendliche als Zielgruppe in den Blick zu nehmen.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören derzeit 48 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD) und Evelyne Gebhardt (SPD) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Medienreferent

E-Mail: daniel.frey@eubw.eu

Webseite: <https://eubw.eu>